

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Sabert & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Ullrich, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Dringelohn mit den wöchentlichen Beilagen
„Nach der Arbeit“ und „Rost und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 30 mm breite Reflektanzzeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangelegen-
heiten 40 Proz. Rabatt. Für Briefwechsellegung 10 Pf.

Nr. 288

Dresden, Sonnabend den 12. Dezember 1925

36. Jahrg.

Der völkische Morast

Ein neunzehnjähriger Fememörder — Völkische Abgeordnete als Anstifter und Mitwisser —
Rube, Wulle und der Würder

Wie wir gestern in der zweiten Auflage bereits berichteten, fand in Berlin der Fememörderprozess gegen den neunzehnjährigen Grütze-Lehder statt. Der Prozess entrollt unter dem rechtlichen Strahlenschein der Rechtsprelle ein düsteres Bild von der Entartung der sogenannten völkischen Jugend und deren Hintermännern in der Schwarzen Reichswehr und deutschnationalen Freiheitspartei. Ein Mann der Schärfe entlockte aus dem Mund der Angeklagten, die von einem Hochstapler, Urkundenfälscher und Adjutanten des Kapitän Ehrhardt, namens Heinz Dammers alias Oberleutnant Müller, geführt wird. Die hohe Aufgabe der Gruppe ist es, den sozialdemokratischen Minister Severing über den Haufen zu schießen. Der junge Mann und sein Führer Heinz Dammers treten also in Verbindung mit den Führern der Rechtsorganisationen und mit den Rassenführern. Das bei dieser Gelegenheit zusammengekauerte Geld wird jedoch nicht für den „höheren Zweck“ verwendet, sondern in Ausschweifungen mit Dirnen verwehrt. Schließlich macht sich Heinz Dammers durch seine unheimlichen Verbrechen an der Berliner politischen Verbrechenwelt als Spiegel verdächtig und Grütze-Lehder erhält von dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Oberleutnant Ahlemann den Auftrag, dem Dammers auf der Spur zu bleiben. Im Laufe seiner Ueberredungsarbeit erhält er zwei Bestätigungsschreiben als Ausweis von den deutschnationalen Abgeordneten Wulle und Rube. Aus dem Verhalten der beiden Abgeordneten glaubte Grütze-Lehder den Auftrag zur Befreiung des Heinz Dammers herauslesen zu können. In seiner Aussage behauptet er, dass die beiden zu ihm gelangt haben: „Es muß unbedingt etwas geschehen. Solche Leute müssen befreit werden!“ Darauf schritt Grütze-Lehder zur Ermordung seines ehemaligen Gruppenführers, den er im Tegeler Forst erschoss und ausraubte. „Dann ging ich zum Abg. Wulle“, erzählt der Angeklagte weiter, „ich sagte ihm: Dammers kommt mit mir.“ — „Dann ist's gut“, erwiderte Wulle und gab mir den Ausweis für Bornumern.“

Auf die Frage des Vorsitzenden, warum Grütze-Lehder diese höchst wichtigen Angaben nicht bei der Voruntersuchung gemacht habe, erwiderte er, es sei ihm darum zu tun gewesen, die Abgeordneten durch seine Aussagen zu überraschen, damit sie sich nicht herauswindeln und hatterweise solche Zeugen aufmarschieren lassen. Man scheint also auch in völkischen Kreisen den Gebrauch von solchen Zeugen als ein zu einem höheren Zweck höchst dienliches Mittel zu halten. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob das zweite Bestätigungsschreiben nach der Tat ausgestellt worden sei, „in Kenntnis der Tat und in der Absicht, sie weiterhin für die Abgeordneten arbeiten zu lassen“, antwortete der Angeklagte mit „Ja wohl“.

In der Debatte zwischen den Verteidigern und dem Gericht über den politischen oder unpolitischen Charakter des Mordes an Heinz Dammers wurde weiterhin die Tatsache herangezogen, daß führende Abgeordnete der deutschnationalen Freiheitspartei und ungarischen Regierung anlässlich des Auslieferungsvorgangs ehrenwörtlich versichert hatten, es handle sich hier um eine rein politische Tat. Der politische Charakter des Mordes wird weiter von der Verteidigung darin erblickt, daß der Angeklagte als „Hilfschubmann“ im Dienst völkischer Kreise gestanden hat, ohne irgend eine Bezahlung zu bekommen. Die Stellung sei nur ein Deckmantel für seine politische Tätigkeit gewesen.

Die Zeugenerkennung wurde verbürgert wesentlich durch die Äußerung des Angeklagten entrollte Bild. Der Ermordete Heinz Dammers wird als mehrfacher Sittlichkeitsverbrecher, Urkundenfälscher und ungesetzlicher politischer Spion geschildert. Auf der einen Seite suchte er ständig Verbindung mit der kommunistischen Partei, auf der anderen aber arbeitete er zur Bekämpfung „nationaler“ Gelder mit angeblichen „Sonderbüchern aus Teck“. Ein Zeuge, der durch ein von der Hauptverhandlung bezeichnetes Briefstück verfahren belästigt wurde, witterte in der Uniform einer „nationalen Wache“ und „Schlichter“ ein Mittel und Selbstwehre vor das Gericht. Er wußte, den Revolver befehl und die Zeichen des Toten in Mörder gestohlen zu haben. Ähnliche Taten wie dieser Mörder riefen sich in der Zeugenvernehmung nacheinander an: unter 17- bis 24-jährige Jungen aus der deutschnationalen und der deutschnationalen Arbeitspartei.

Urteil und Urteilsbegründung

1. Berlin, 12. Dezember. (Via Funkdruck.) Das Schwurgericht III in Berlin verurteilte am Freitag nach einstündiger Verhandlung des Mordes am hochbetagten Reichstagsabgeordneten Grütze-Lehder auf Grund des Jugendbuchs, welches er zu einer Strafe von 8 Jahren Gefängnis unter Anweisung von einem hohen Untersuchungsrichter. In der Urteilsbegründung heißt es u. a.:

Der Angeklagte habe in Bornumern von seinem Parteifreundem gehört, daß der geistliche Dammers eine verdächtige Verbindung mit dem Spion für die kommunistische Partei hätte. Die der Behauptung des Angeklagten bei der nachfolgenden Vernehmung Wulle über wichtige Papiere vorgegangen, so daß er im Interesse seiner Partei sich entschlossen habe, Dammers zu ermorden. Er behauptete, daß er über sein Verhalten mit anderen

Personlichkeiten der Partei, zwei Reichstagsabgeordneten, über seine Absichten gesprochen habe. Als diese Vorgänge sich ereignet hätten, wurde bei dem Angeklagten die Ansicht hervorgerufen, daß sein beabsichtigtes Vorgehen in der Partei Billigung finde. Der Gerichtshof vertritt sich von einer Verneinung dieser Persönlichkeit keine Abnung. Es ist zwei Jahre her, und wenn die Aussagen der Zeugen negativ ausfallen würden, dann würde dem Angeklagten doch nicht widerlegt werden können, daß seiner Ueberzeugung nach seine Tat von der Partei gebilligt worden ist. Das Gericht ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß er vorwiegend den Dammers getötet und daß er die Tat auch mit Ueberlegung ausgeführt hat.

Es besteht kein Zweifel, daß er die nach dem Jugendbuche erforderliche tätliche und geistige Hilfe geleistet hat. Nebenbei nach der rechtlichen Seite hin wegen der Auslieferung hat das Gericht nicht geahnt. Sein Strafmaß war davon auszugehen, daß der Angeklagte, wenn er zwei Monate älter gewesen wäre, wegen Mordes zum Tode hätte verurteilt werden müssen. Dem hätte das Gericht Rechnung getragen und auch die Entwertung des Angeklagten dabei in Betracht gezogen. Andererseits aber hätte das Gericht die Verhältnisse, unter denen die Tat verübt worden ist, in gewissem Maße als strafmildernd betrachtet, außerdem aber auch berücksichtigt, daß dem Angeklagten nicht zu widerlegen sei, daß er subjektiv der Ueberzeugung war, daß seine Partei billigen hinter seiner Tat stehe.

Wulle und Rube lassen dementieren

Der Reichstagsabgeordnete Graefe veröffentlicht folgende Erklärung: „In dem Prozesse gegen den wegen Mordes angeklagten Grütze-Lehder behauptet der Angeklagte in der gerichtlichen Verhandlung, in mehreren Unterredungen mit den völkischen Abgeordneten Rube und Wulle habe er diesen die Absicht angedeutet, Dammers zu befreien. Alle Abgeordneten, so fährt der Angeklagte fort, waren über meinen Vorstoß außerordentlich erregt. Sie antworteten mir aber in einem Sinne, der darauf abzielte, mich zu beruhigen, daß der Tod des Dammers für ihn nicht unangenehm. Darauf schritt ich zur Ausführung. Beide Abgeordneten, denen Grütze-Lehder durch den früheren Abgeordneten Oberleutnant Ahlemann zu einer Unterredung in organisatorischen Fragen geführt war, erklärten die Aussagen des Grütze-Lehder für erfunden und erlogen und sind bereit, das mit ihrem Eid zu bekräftigen.“

Was geschieht mit den beschuldigten völkischen Abgeordneten?

Es ist unserer Ansicht nach selbstverständlich, daß die durch die Beweisnahme dieses Prozesses zutage gebrachten politischen Momente Folgen für eine Anzahl Abgeordnete der deutschnationalen Partei haben müssen. Die obige Erklärung Wulle und Rube's bestreitet zwar die ihnen zur Last gelegte Mitwisserschaft, aber wie manches haben die Leiter der völkischen Bewegung bisher nicht bestritten, was sich nachher doch als wahr herausstellte! Auch das Gericht geht in seiner Begründung zu, daß der Angeklagte geglaubt habe, seine Partei stehe hinter der Tat. Es ist Sache der Justiz, nunmehr festzustellen, warum der jugendliche Mörder zu diesem Glauben kommen mußte. Man vergegenwärtige sich, wie der deutsche Staatsanwalt handeln würde, wenn ein jugendlicher Kommunist einen politischen Mord begangen und erklärt hätte, die und die kommunistischen Reichstagsabgeordneten hätten dahintergestanden! Das nächste wäre das Verlangen an den Reichstag, die Verhaftung der beiden kommunistischen Abgeordneten zu genehmigen. Was geschieht mit den völkischen Vorhändlern?

Nach dem Bericht des Berliner Tagesblattes hat der jugendliche völkische Fememörder im Untersuchungsgefängnis einigen Mitgefangenen gegenüber gesagt:

In meine Angelegenheit werden sämtliche Abgeordneten hineinkommen. Als Mitwisser habe er die Namen Rebenstoll, Graefe, Wulle und Rube genannt. Der Plan eines Mordes an Severing durch Wulle werde durch ihn herbeigeführt. Weiter habe er erklärt, Leutnant Müller, der bekanntlich von Grütze-Lehder im Tegeler Forst ermordet wurde, habe Papiere bei sich gehabt, die den von den Abgeordneten Wulle und Ahlemann unterschriebenen Vorhaben betrafen. Diese Papiere seien verbrannt worden. Es seien aber Zeugen da, die bestätigten könnten, daß die Papiere vorhanden gewesen wären.

Auch diese Aussage zeigt, daß eine rasche und gründliche Unternehmung mit entsprechenden Verhaftungen nötig ist. Alle bisherigen Fememörder und Femeprozeße ergaben dasselbe Bild: aus den Einzelheiten der Beweisnahme ging immer hervor, daß führende Leute der völkischen Partei als Mitwisser oder Anstifter hinter diesen Fememörder standen. Es ist ein unerbittlicher Skandal und ein beklemmendes Zeichen für die Verantwortung der deutschen Justiz, daß in diese völkische Mörderprozesse noch nicht energischer eingegriffen und den Leuten der Partei noch nicht gestraft worden ist, die nicht nur moralisch, sondern auch juristisch die Hauptverantwortlichen sind, weil dieses blutige Treiben unter ihren Augen entstanden und vollzogen wurde. Oder kann jemand wahrweisen, daß sich leitende Leute der völkischen Partei einmal entschieden gegen die Feme und völkische Mordtendenzen ausgesprochen hätten?

Um die Große Koalition

H. F. Ein Ringen um sie, die Große Koalition, ist seit Wochen schlechthin das Politikum in der inneren deutschen Politik. Besonders seit dem formalen Austritt der Regierung Luther. Nicht nur mit gutem Zureden, sondern auch mit Drohungen suchten die bürgerlichen Mittelparteien die Sozialdemokratie zur Teilnahme an der Regierung zu bewegen. Nachdem Hindenburg auf Luthers Inspiration hin sich ebenfalls dafür ausgesprochen, blies auch die Deutsche Volkspartei, wenn auch sehr piano, in dieses Horn. Die „großen wirtschaftlichen Bedenken“, die dort erst gegen eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie geltend gemacht wurden, schienen plötzlich verschwunden. Die Tägliche Rundschau, das Berliner Organ Stresemanns, drückte sogar den Spieß um und warf unter Partei vor, sie „favoisiere den Koalitionsgedanken“, indem sie als unumgängliche Vorbedingung für eine derartige Regierung die Auffstellung eines Programms fordere. Dieser Kapitalistenpartei schwam ein Wohl, daß dann ihre „wirtschaftlichen Bedenken“ sofort wieder aufleben müßten und aus der Sache nichts werden könne. Aber der Obermann fürchtet das Feuer, und die Sozialdemokratie hat sich bereits einmal die Finger sehr schmerzhaft verbrannt.

Daß die erdrückende Mehrheit der sozialdemokratischen Partei unter den gegenwärtigen Verhältnissen und in Rücksicht auf die Erfahrungen die Große Koalition abzulehnen abseht, kam besonders in der Sitzung des Parteiaususses zum Ausdruck. Diese Stimmung war einmütig! Die Koalitionsprelle Berlins aber fuhr weiter fort in der Lauff, die Sozialdemokratie in die Große Koalition förmlich hineinzujagen. Völkische Zeitung und Berliner Tageblatt gaben sich von Anfang der Krise an die eifrigste Wühre nach dieser Richtung. Am Montagabend schrieb das 8-Uhr-Abendblatt in großen fetten Lettern: „Die Große Koalition kommt.“ Am Dienstagabend konnte man an derselben Stelle in sensationeller Aufmachung lesen: „Der Wunsch Hindenburgs ist erfüllt.“ Während der Berliner Sozialdemokratie etwas skeptisch ausrief: „Sie wollen sich der Verantwortung entziehen.“ Ja, die verflüchtete Verantwortung! Mit dem Schlagwort will man uns wirbeln machen. Damit ist in diesen Tagen ein Unfug getrieben worden wie nie zuvor. Dieselben Streife und Parteien — von den Demokraten bis zu den deutschnationalen —, die im vorigen Sommer sich den Teufel um die Mitverantwortung der Sozialdemokratie scherten, als sie in Zollwucher, Steuer- und Aufmerksamkeitsrecht machten, haben jetzt auf einmal grenzenlosen Horror davor. Sie brauchen einen Presskod!

Dieser Umstand ist besonders für das Zentrum maßgebend, das die Unzufriedenheit der hinter ihm stehenden zahlreichen Arbeiter durch den Hinweis auf die Regierungsgemeinschaft mit den Sozialdemokraten entkräften und ableiten möchte. Das ist die einfache Erklärung dafür, daß zur Zeit auch der rechte Flügel des Zentrums unter Führung Siegerwulfs der Großen Koalition das Wort redet. Rattenfängerlieder! — Inmitten zeigt die ganze Lage, welche Angst vor den Massen auch große Teile der bürgerlichen Parteien in kritischen Situationen beherrscht! Die können wir ihnen nicht nur, wir wollen sie im Interesse der Arbeiter auch nach Kräften nügen. Das können wir aber nicht nachdrücklicher ohne irgendwelche Bindungen und Hemmnisse — also außerhalb der Regierung! — Wir dürfen den Zentrumsabgeordneten Bräutigam und seine Partei an den Artikel in der Germania erinnern, in dem gesagt war, daß es schrecklich für die Bürgerlichen gewesen wäre, hätten sie die Steuergesetze mit der Sozialdemokratie machen müssen. Wenn sie dieses Spiel nicht weitertreiben wollen, dann können sie das jetzt, in der Zeit schwerer Krise, beweisen. Dazu ist aber nicht nötig, daß Sozialdemokraten in der Regierung sitzen. Im Gegenteil: man will die Koalition, um die alte Methode weiter anzuwenden zu können, nur mit dem großen Unterschied, daß wir dafür die von der andern Seite so heißersehnte Verantwortung mit übernehmen sollen.

Nachdem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Donnerstagabend beschlossen hatte, an Hindenburg zu schreiben, daß eine Anzahl wichtiger Fragen geklärt sein müßten, ehe sie eine endgültige Entscheidung treffen wolle, konnte man am Freitag früh in der gemeinsamen mittelparteilichen Presse lesen, daß die Sozialdemokratie grundsätzlich bereit sei, in die Große Koalition einzutreten. Dieser Schluß ist vollständig und vorzeitig, er ist der Vater des Gedankens! Die Stimmung in der sozialdemokratischen Fraktion hat jedenfalls keine Handhabe dazu. Der bürgerlichen Presse kann freilich zugestanden werden, daß ihr diese Stimmung nicht genügend bekannt war. Andernfalls hätte sie vorsichtiger und zurückhaltender mit ihrer Beurteilung sein müssen. — Wesentlich anders stellte sich die Berliner Rechtsprelle, wie Deutsche Tageszeitung und Sozialdemokratie, gegenüber den Klärungsverlangens der sozialdemokratischen Fraktion ein. Sie meinte, eine Anzahl der in dem Schreiben an Hindenburg aufgeworfenen Fragen sei überhaupt nicht diskutabel im sozialdemokratischen Sinne; sie seien nur gestellt, um die Ablehnung der Koalition auf dieser Grundlage seitens der bürgerlichen Parteien zu provozieren. Das Berliner Blatt der Deutschen Volkspartei beschränkte sich zunächst darauf, den sozialdemokratischen Brief an Hindenburg ohne jeden Kommentar mitzuteilen. Das führende Zentrumsblatt, die Germania, aber schrieb einen langen Leitartikel dazu, in dem gesagt war, daß sich über die Fragen oder Forderungen der Sozialdemokratie